

208/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Schweitzer

und Kollegen

an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

betreffend Mißbrauch des Unterrichtsprinzips Politische Bildung für Hetze gegen die FPÖ

Seit nahezu 20 Jahren ist in Österreichs Schulen das Unterrichtsprinzip Politische Bildung ein fixer Bestandteil der schulischen Ausbildung unserer Jugend.

Der § 2 (1) SchOG stellt die Aufgabe der österreichischen Schule wie folgt dar:

"Die österreichische Schule hat die Aufgabe, an der Entwicklung der Anlagen der Jugend nach den sittlichen, religiösen und sozialen Werten sowie nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken.

(...) Sie sollen zu selbständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken."

Die Politische Bildung ist eine Voraussetzung sowohl für die persönliche Entfaltung des einzelnen wie für die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Ganzen. Sie stellt weiters einen aktiven Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft und zur Verwirklichung der Demokratie dar. Weiters sollte die politische Bildung das Denken in politischen Alternativen fördern, sowie insbesondere zu einer toleranten Einstellung gegenüber politisch Andersdenkenden erziehen.

Zur Verwirklichung dieser Ziele werden an die jeweiligen Lehrer große Anforderungen gestellt. Politische Bildung darf von den Lehrkräften keinesfalls zum Anlaß einer Werbung für persönliche Ansichten und politische Auffassungen gemacht werden. Legt ein Lehrer dennoch seine persönlichen Ansichten im Unterricht dar, so wird darauf zu achten sein, daß durch seine Stellungnahme abweichende Meinungen nicht diskreditiert werden und

daß die Schüler eine kritisch - abwägende Distanz zur persönlichen Stellungnahme des Lehrers aufrechterhalten können.

Unter dem Deckmantel der „Politischen Bildung“ werden von manchen Lehrern jedoch politische Inhalte transportiert, die dieses Prinzip geradezu pervertieren und es wird versucht, die Schüler unter Ausnutzung des Autoritätsverhältnisses einseitig zu indoktrieren. Zielscheibe dieser Indoktrierung ist vielfach die FPÖ, gegen die offen Stimmung gemacht wird, indem ihre politischen Anliegen einseitig oder verzerrt und aus dem Zusammenhang gerissen dargestellt werden. So wird insbesondere nach dem jüngsten Wahlerfolg der FPÖ vom 3. Oktober 1999 wieder versucht, die FPÖ in die Nähe des Rechtsextremismus und des Neonazismus zu rücken, was geradezu absurd ist.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten die nachstehende

ANFRAGE

1. Welche Unterrichtsbehelfe sind für die Verwendung im Rahmen des Unterrichtsprinzips Politische Bildung zugelassen?
2. Welche Regelungen bestehen bezüglich der Verwendung von Zeitschriften und Zeitungen bzw. von Teilen derselben im Rahmen des Unterrichts?
3. Wie beurteilen Sie die Verwendung von Texten im Unterricht, die gegen die FPÖ oder Funktionäre der FPÖ gerichtet sind? (siehe Textbeispiel in der Anlage)
4. Ist Ihnen bekannt, welche Texte aus Massenmedien in den Schulen im Rahmen des Unterrichts verwendet werden?
5. Wer entscheidet im Einzelfall über die Verwendung von Texten?
6. Wie beurteilen Sie die Verwendung der Zeitung Austria Today an den Schulen?

7. Wer trägt die Kosten für die Verwendung der Zeitung Austria Today an den Schulen und wie hoch belaufen sich diese Kosten?
8. Werden Sie gegen den Mißbrauch des Unterrichtsprinzips Politische Bildung für Hetze gegen die FPÖ und ihre Funktionäre auftreten?
Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen werden Sie treffen?
Wenn nein, warum nicht?
9. Ist Ihnen bekannt, daß die Schüler durch die Themenvorgabe bei Schularbeiten vielfach geradezu zu negativen Stellungnahmen zur FPÖ und ihren Funktionären herausgefordert wird?
Wenn ja, was werden Sie dagegen konkret unternehmen?
Wenn nein, warum interessieren Sie sich nicht besser über die Vorgänge in den Schulen?
10. Beabsichtigen Sie, für die nächste Zeit neue Regelungen betreffend das Unterrichtsprinzip Politische Bildung zu schaffen?
Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen sind geplant?

Die angeschlossene Anlage (Zeitungsausschnitt) konnte nicht gescannt werden !!